

Freitag.

— Nr. 18. —

22. Januar 1858.

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich Nachmittags für den folgenden Tag.

Preis für das Vierteljahr  
1½ Thlr.; jede einzelne  
Nummer 2 Rgr.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

•Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!•

Zu beziehen durch alle Postanstalten des In- und Auslands, sowie durch die Expedition in Leipzig (Dorotheenstr. 8).

Insertionsgebühr  
für den Raum einer Zeile  
2 Rgr.

## Deutschland.

Preussen. □ Berlin, 20. Jan. Die Männer der Kreuzzeitung, in und außer der Kammer, haben in dem kürzlich erschienenen Heft der Berliner Revue eine Art von neuem Programm aufgestellt. Verdient eine solche Kundgebung schon an und für sich immer allgemeine Aufmerksamkeit, so ist dies gegenwärtig bei den außergewöhnlichen Verhältnissen, in welchen wir uns jetzt in Preussen befinden und aus deren specieller Veranlassung die Programmaufstellung erfolgt ist, noch in viel höherm Grade der Fall. Darum macht die Kundgebung in den hiesigen politischen Kreisen denn auch ein so besonderes Aufsehen. Die Herren erklären der Regierung förmlich den Krieg. Das Programm ist in der Form einer Versprechung der Thronrede gehalten und knüpft speziell an die Schlussworte an: „Die Regierung Sr. Maj. des Königs glaubt, in ihren gewissenhaften Bestrebungen für das Wohl des Landes unter den schmerzlichen und schweren Verhältnissen der Gegenwart um so sicherer auf Ihren Beistand rechnen zu dürfen“ &c. Diese Worte, heißt es nun, seien eine an alle zur Opposition geneigten Mitglieder des Hauses gerichtete Appellation, „durch keine selbständigen Anträge oder durch Anregung principieller Debatten“ &c. der Regierung eine Lage zu erschweren, die von schmerzlichen und schweren Verhältnissen der Gegenwart ohnehin schon stark getroffen wurde. Damit könnten, da in der Thronrede ausdrücklich der Stand unserer inneren und äußeren Verhältnisse als sehr befriedigend bezeichnet werde, nur die Krankheit des Königs und die dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten gemeint sein. Diese Schwierigkeiten verkleinern sich und verschwinden aber mit dem zunehmen der Bestrebung des Königs, und es lasse sich auf dieselben als auf normirende Bedingungen überhaupt nur so lange hinweisen und ihre Berücksichtigung von Seiten eines durch Eid schwur verpflichteten hochpolitischen Körpers verlangen, als sie noch nicht im Schwinden begriffen seien. Somit sei dieser Schlussatz der Rede des Ministerpräsidenten geeignet, den schönen und erhabenden Eindruck zu verwischen, welchen seine anfängliche Ankündigung in Betreff der Besserung des Königs machte. In beiden Fällen aber, möge man sich mehr dem Eindruck des ersten oder des letzten Satzes hingeben, bleibe den Vertretern des Volks die Pflicht, den Charakter der Appellation zu prüfen, die an ihre Loyalität gerichtet werde. Die Berliner Revue spricht ihre Meinung über die Sache nun dahin aus: Sei die Hoffnung auf Wiederherstellung begründet und die Wiederherstellung selbst nahe, dann sei auch kein Grund zu einer so außergewöhnlichen Zurückhaltung vorhanden; sei aber die Hoffnung noch entfernt, oder fehlten ihr die Aussichten mehr und mehr, so steigerten sich auch die Bedeutung und Pflicht des Landtags immer mehr und erhöhen ihn nach den Bestimmungen der Verfassung zu einer Höhe der Macht, auf welcher er prüfend und bestätigend das Thronrecht zu wahren habe. Hier könnte die Regierung nun der besten Loyalität gewiss sein; „aber ein Anderes sei es doch, die Regierung Preußens aus allen Kräften zu stützen, und ein Anderes, eine bestimmte Vertretung dieser Regierung, bestimmte Prinzipien und Personen, welche diese Regierung vorübergehend erfüllen, zu conserviren und ihnen beizustehen“. Sollte man nicht meinen, sein blaues Wunder zu hören? Die Kreuzzeitungsmänner, welche den „Musterconstitutionalismus“, wie sie es nennen, d. h. die Herrschaft bestimmter Parteiprincipien, immer verspottet und sich so laut gerühmt haben, daß es ihnen zu danken sei, daß diese Art von Regierung in Preussen nicht aufgekommen sei — dieselben Kreuzzeitungsmänner sprechen jetzt von einem „jeweiligen“ Ministerium, und was sie, in Bezug auf antwort als prächisch verantwortlich bezichneten, das soll auf sie selbst keine Antwortung haben: die Personen und Prinzipien, die ihnen nicht gefallen, die sollen fort! Was man an den Kreuzzeitungsmännern habe, das wußte man längst; niemals aber ist es noch durch sie selbst in so klarer, oder vielmehr in so ehrlicher Weise hervorgetreten, wie es hier geschieht. So weit geht man; daß man sich in seiner urwilden Gestalt zeigt und vergibt, wie doch selbst der Teufel noch einen gewissen zweideutlichen Ausstand bewahrt, indem er, weil der Verdacht ihm bei den Leuten schaden könne, sich falscher Waden bedient. Aber weiter. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen trete nun dieser Gegensatz zwischen der Regierung und ihren zeitweiligen Vertretern nicht unbedlich hervor. Es handle sich darum, daß die Regierung der Entwicklung der letzten Jahre ihre thätige Kunst zuwende und der neu vorbereiteten conservativen Ordnung der Dinge die Hand reiche. Das Ministerium habe aber dieser Entwicklung seine Neigung nicht geschenkt, und es sei mit Recht gefragt worden, ob die offene Feindschaft eines Ministeriums Auerstädt-Ritterberg-Bethmann nicht vorzuziehen gewesen wäre. Vächerlicher oder unversämpter als hier sind die Dinge niemals auf den Kopf gestellt worden. Wer hat denn die neue Gemeindeordnung &c. bestimmt? Wer hat denn die obrigkeitsliche und polizeiliche Gewalt der „kleinen Herren“ &c. wieder hergestellt? Hat Dr. v. Gerlach vor zwei Jahren nicht selbst auf der Tribüne wörtlich ausgerufen: „Wir haben, meine Herren, eine Regierung, so conservativ, wie wir sie seit 50 Jahren in

Preußen nicht gehabt haben!“ Aber es ist den Kreuzzeitungsmännern mit diesen Phrasen auch gar nicht so ernst gemeint, wie wir gleich sehen werden. Es könnte also, wird nun aus dem Angeführten gefolgert, zu einem Appell nicht geschwiegen werden, der sich an die natürlichen Gefühle eines Preußen wende, „aber doch noch etwas anderes fordere als Königstreue und Vaterlandsliebe“. Wir müssen hier wieder einige Worte einschalten. Wir haben bisjetzt gemeint, die Kreuzzeitungsmänner hätten als ihren Leitstern nur Königstreue und Vaterlandsliebe. Ist der Aufsatz, von dem wir sprechen, nun wirklich das Programm von mehreren dieser Herren, so würden wir daraus allerdings folgern müssen, daß es außer Königstreue und Vaterlandsliebe noch ein Drittes gebe, dem man folge, und zwar vor allem folge, nämlich das eigene Interesse. Zum Schlus ist es nun, daß manche bei dem Wort „Ministerkrise“ leicht beunruhigt werden könnten. Sei denn aber eine Ministerkrise, wenn sie eintrete müsse, wirklich so schlimm? Eine Ministerkrise sei indessen nur das Neuerste, was angenommen werde. Bisher handle es sich um keine Ministerkrise... Nicht? Es ist oben gesagt worden, daß ein Ministerium Auerstädt &c. besser sei für die Partei als die jetzige Regierung. Wie kann man sich so widersetzen? Indessen wir haben oben bereits bemerkt, daß es den Herren mit ihren Vorwürfen gegen die gegenwärtige Regierung, in solchem Maße wenigstens, auch gar nicht so ernst gemeint sein dürfe. Aber was will man denn eigentlich? Um eine Ministerkrise handle es sich, wird also schließlich gesagt, bisher nicht, sondern „nur um Förderung und Wachhaltung einer Entwicklung, die in den letzten Sessiionen des Landtags begonnen habe und die ohne große Nachtheile in ihrem Laufe nicht wieder unterbrochen werden könne“. Ha, da läge also des Pudels Kern. Aber dieser Kern umschließt, wie sehr er auch an und für sich Zweck ist, noch immer einen andern Kern, der die eigentliche Quintessenz des Ganzen bildet. Man kündigt den Ministern den Krieg an und sagt zugleich, daß eine Ursache zu einer solchen Kriegserklärung eigentlich gar nicht vorhanden sei. Die Partei fürchtet bis jetzt nur, und darum ist, wenn man der Sache auf den Grund geht, auch unschwer einzusehen, daß die ganze Expectation in ihrem eigentlichen Ziel auf eine ganz andere Person gerichtet ist als auf die Minister. Dieses Verhalten der getrennten Kreuzzeitungsmänner überrascht uns nicht, aber wir halten es im allgemeinen Interesse des Staats für höchst ersprießlich, daß die betreffende Tendenz sammt allem, was drum und dran steht, gerade im gegenwärtigen Augenblick und unter den gegenwärtigsten speciellen Verhältnissen und aus Veranlassung derselben so offen und unverhüllt zu Tage tritt. Die Nutzanwendung wird nicht ausbleiben.

— Berlin, 20. Jan. In der Commission des Abgeordnetenhauses, welche in Bezug auf die Maßregel wegen der Buchergesetze niedergesetzt ist, soll auch das gegenwärtige Wechselrecht zur lebhaftesten Erörterung gebracht werden sein. Im Gegensatz zu den Handelskammern und Kaufmannschaften wird von Seiten der Grundbesitzer und Ackerbaubetreibenden Material gegen die Aufhebung der Buchergesetze geliefert, indem die Aussprüche der Vertreter des Handels als einseitig erachtet werden. Bei dieser Frage geben die politischen Parteistellungen keinen Maßstab ab, da die Ansichten über diesen Gegenstand bei einer und derselben Fraktion sehr auseinander gehen. Im allgemeinen ist die Stimmung der Mitglieder des Landtags gegen die gänzliche Aufhebung der Buchergesetze gerichtet. Man räumt ein, daß eine solche Maßregel im Interesse des Handels sein könnte, aber zum Grunde des Gutsbestyrs und des Ackerbaus im preußischen Staate sei sie nicht.

— „Die Ungelegenheit des Stahl'schen Abschieds“, sagt die National-Zeitung, „ruht zur Zeit gänzlich. Derselbe hat als Mitglied des Oberlieutenantaths einen Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten.“

— Wie die Schlesische Zeitung unter 19. Jan. mitteilt, ist am 15. Jan. eine Erbverschüttung in Krakau, in allen Kreisen Oberschlesiens (auch in Neisse) und selbst an vielen Orten Mittelschlesiens deutlich wahrgenommen worden, namentlich in einzelnen Orten der Kreise Nimptsch, Reichenbach, Hirschberg, Namslau und in Breslau. (Vgl. unter Österreich.)

Baiern. □ München, 18. Jan. Bei dem gestrigen Dankamte für die Errettung des französischen Kaisers bei dem bekannten Attentate, welches die französische Gesandtschaft in der Ludwigskirche abhalten ließ, bemerkte man in der ersten Reihe der für diese Feierlichkeit besonders organisierten Besucher den Fürsten Ludwig v. Wallerstein in Andacht auf den Knie liegen. Auch der Ministerpräsident, der Minister des Innern, die obersten Hofbeamten und ein großer Theil des diplomatischen Corps, alle jedoch in Civilkleidung, wohnten der Ceremonie bei, welche mit einem Te Deum endigte.

— Aus München vom 18. Jan. schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Der Allgemeinen Zeitung wird aus München über Bedenken berichtet, welche das Kriegsministerium bezüglich des Besuchs der